Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 107 — 89. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Freitag, den 9. Mai 1930

Und wieder Genf ...

Man kann ein bekanntes Wort etwa dahin variieren: Der Weg nach Genf ist mit Verhandlungsaufschüben gepflastert. So war's, so ist's und so wird's wohl vorläufig auch bleiben.

Das war auch jetzt wieder der Auftakt zu der am Montag beginnenden Tagung des Völkerbundrates. In Genf gibt es nämlich eine Abrüstungskommission — das heißt: eigentlich gibt sie von ihrem Dasein nur dadurch der Welt Kenntnis, daß sie wieder einmal vertagt wird. Was ihr drei Tage vor der Eröffnung der Ratssitzung auch jetzt wieder passierte. Sie hat aber nicht nur ein Dasein, sondern auch eine Aufgabe. Sie soll nämlich die große Abrüstungskonferenz „vorbereiten“, hat sich aber zunächst einmal mitsamt diesem Konferenzplan bis zum Spätherbst verschieben lassen; aber dann . . .!

Allerdings fragt es sich doch, ob auf der Ratstagung — zu der übrigens diesmal auch die Außenminister Deutschlands, Englands, Frankreichs usw. erscheinen wollen — die Abrüstungsfrage so ganz in der Versenkung verschwinden wird, wie die Arrangeure des Spiels es wünschen. Man hat doch bis vor kurzem die lange Londoner Abrüstungskonferenz erlebt; allerdings dürften selbst die größten Optimisten nicht behaupten, daß dabei viel oder überhaupt etwas herausgekommen ist. Das erste wenigstens, was z. B. Mussolini nach der Konferenz tat, war der Bauauftrag von einem „Washington“-Kreuzer und 22 Unterseebooten für die italienische Marine. Denn die paar wirklich zustande gekommenen Abmachungen der Londoner Konferenz gelten ja nicht für Frankreich und Italien; diese beiden Mächte sollten sich erst einmal selbst untereinander einigen, inzwischen ihre Seeaufrüstungen „dämpfen“. Wie das geschieht, zeigt das Vorgehen Mussolinis; und in Frankreich gedenkt man nicht anders zu verfahren.

Aber nun sollen in Genf die Einigungsverhandlungen losgehen —, wenn sie nicht auch wieder aufgeschoben werden; England drängelt nämlich ein bißchen. Henderson, der englische Außenminister, ist extra deswegen auf seiner Reise nach Genf für ein paar Tage in Paris ausgestiegen, um Herrn Briand gut zuzureden. Mussolini selbst ist nämlich „grundsätzlich“ zu solchen Verhandlungen bereit, weil er weiß, wie stark hieran die englische Regierung interessiert ist, damit der Londoner See-„abrüstungs“konferenz hinterher noch sozusagen ein Erfolgsschwänzchen angehängt werden kann. Und Rom legt aus leichtverständlichen seekriegspolitischen Gründen großes Gewicht auf ein gutes Verhältnis zu England; denn in London liegt der Besitz über den Schlüssel zum Mittelmeer: Gibraltar; Italien verfügt aber weder über Kohle noch Öl noch Eisen, heutzutage die drei Dinge, die man zum Kriegführen braucht.

Natürlich werden jene Verhandlungen fein säuberlich hinter den Genfer Kulissen vor sich gehen, trotz der vom Völkerbundstatut „abgeschafften“ Geheimdiplomatie. Möglicherweise werden die „Kleinen“ in Genf wegen der Abrüstungsverschiebung ein bißchen gelinden Krach machen, aber sehr mit Maßen. Die Luft in Genf ist ebenso geduldig wie das Papier, auf dem die betreffenden Reden protokolliert werden. Und so wird auch wohl hinsichtlich der französisch-italienischen „Abrüstungs“differenzen wieder der am Genfer See landesübliche Aufschub das sogenannte Resultat der Verhandlungen darstellen.

Aber Briand hat ja noch etwas anderes ausgedacht, so etwas mit der Überschrift: „Völker Europas, vereinigt euch!“ Viel Glück wird er damit wohl kaum haben, denn vor kurzem hat man sich an demselben Orte auf der Wirtschaftskonferenz zollpolitisch derart „geeinigt“, daß hinterher doch jeder europäische Staat tut, was er will. Außerdem spuken da so allerhand Pläne einer Art „europäischer“ Militärkontrolle internationalen Charakters herum, eine Phantasterei, die nicht einmal schön ist. Denn Frankreich ist nicht nur die größte Militärmacht Europas, sondern gedenkt es auch fürderhin zu bleiben.

Und wenn Briand so sehr für die „Vereinigten Staaten Europas“ eintritt, dann mag er in Genf dem deutschen Außenminister einmal sagen, warum die — Saarverhandlungen nicht vom Fleck rücken. Das ist ja letzten — wenigstens theoretisch letzten Endes auch eine Angelegenheit, die nach Genf gehört, da ja der Völkerbund das Mandat für die Verwaltung des Saargebietes besitzt. Aber auch hierfür ist ja die Parole: Aufschub der Entscheidung.

Ausführliches Marineprogramm für 1931.

Erklärung Gröners.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte sich bei der Beratung des Marineetats eine ausführliche Debatte über den Bau des Panzerkreuzers B, für den der Reichsrat bekanntlich die erste Rate in den diesjährigen Haushaltsplan des Reiches eingestellt hatte. In der Vorlage der Regierung war der Posten nicht enthalten, anderenteils hatte das Kabinett Brüning auch keinen Einspruch gegen den Reichsratsbeschluß erhoben, vielmehr wurde dem Reichstage die Entscheidung anheimgestellt. In der Donnerstagberatung des Haushaltsausschusses erklärte nun Reichswehrminister Gröner, die Reichsregierung werde an dem Beschluß der früheren Regierung, auf Streichung der Rate für den Kreuzer B, diesmal festhalten. Vom Reichstage werde aber die Aufrechterhaltung des Beschlusses auf Vorlegung eines langfristigen Planes für Ersatzbauten der Marine verlangt werden.

Vorher hatte der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen als Berichterstatter darauf hingewiesen, daß der Marineetat sich ebenso wie der des Reichsheeres in aufsteigender Linie bewege. Er begrüße es, daß eine größere Zahl von Offizieren aus dem Mannschaftsstande hervorgegangen sei. Er beantragte mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Reiches, die vom Reichsrat eingesetzte erste Baurate für das Panzerschiff B zu streichen.

•

Reichswehrminister Gröner

gab dann seine Erklärung ab, in der es hieß: „Die Mitglieder des Reichstages wissen, daß ich durchaus kein kritikloser Flottenschwärmer bin, sie wissen aber auch, daß ich den Ersatz unseres gänzlich veralteten Schiffsmaterials für unbedingt notwendig erachte. Diesen Standpunkt habe ich im vorigen Reichskabinett vertreten und auf die Einsetzung einer ersten Rate für das Panzerschiff B erst verzichtet, nachdem vom Reichskabinett einstimmig festgelegt wurde, daß mit dem Etat 1931 ein Schiffbauersatzplan vorgelegt würde. Bei dieser Einstellung war es eigentlich selbstverständlich, daß ich dem Antrage Ostpreußens im Reichsrat, der eine kleine erste Rate für das Panzerschiff B vorsah, sympathisch gegenüberstand. Die Reichsregierung hatte keinen Anlaß, dem Reichstag eine Doppelvorlage zu machen. Nur um den Zeitpunkt des Baubeginns handelt es sich, und die Entscheidung hierüber bittet die Reichsregierung den Reichstag selbst zu treffen. Ich nehme an, daß der Reichstag an seiner früher gefaßten Entschließung auf Vorlage eines langfristigen Planes für Ersatzbauten festhält. Die Reichsregierung wird ihrerseits den Beschluß der früheren Reichsregierung in dieser Frage aufrechterhalten.“

In der nachfolgenden Auseinandersetzung sprachen für die Baurate zum Panzerkreuzer B die Vertreter der Wirtschaftspartei und der Deutschnationalen, während der Volksparteiler die Vertagung bis zum Vorlegen des Marinebauprogramms von 1931 vorschlug.

Ablehnung der Baurate.

Die erste Baurate für das Panzerschiff B wurde schließlich im Ausschuß abgelehnt. Gegen die Baurate stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und zwei Zentrumsabgeordnete. Der Stimme enthielten sich die Bayerische Volkspartei und ein Zentrumsabgeordneter. Für die erste Rate stimmten die übrigen Fraktionen und ein Zentrumsabgeordneter.

Die neuen sächsischen Minister

Die hinter dem Ministerpräsidenten Schieck stehenden Landtagsfraktionen hielten am Donnerstag eine Besprechung ab und einigten sich auf folgendes: Das Kabinett wird von vier Ministern gebildet. Die Verteilung der Ministerien geschieht wie folgt: Schieck Ministerpräsident und Volksbildungsministerium, Richter Ministerium des Innern, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Dr. Mannsfeld Justizministerium, Dr. Hedrich Finanz- und Wirtschaftsministerium. Sonach tritt außer dem Ministerpräsidenten Schieck lediglich der bisherige Ministerialdirektor der ersten Abteilung des Finanzministeriums Dr. Hedrich neu in das Kabinett ein.

•

Die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem neuen Kabinett

Dresden, 8. Mai. Der Telunion-Sachsendienst erhält aus Kreisen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Informationen über die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem neuen Kabinett Schieck. Nach diesen Informationen treffen die von einigen Blättern geäußerten Vermutungen über eine wohlwollende Haltung der Nationalsozialisten gegenüber dem neuen Kabinett nicht zu. Von Seiten der Nationalsozialisten, die zu den interfraktionellen Besprechungen nicht eingeladen waren, sind dem Ministerpräsidenten Schieck ganz bestimmte Forderungen unterbreitet worden, von deren Erfüllung die Unterstützung des neuen Ministeriums durch die Nationalsozialisten abhängig sein würde. In einer zwischen dem Ministerpräsidenten Schieck und dem Landtagsabgeordneten von Killinger stattgehabten Besprechung wurden diese Forderungen genau spezialisiert. Die hauptsächlichste dieser Forderungen bezog sich auf die Besetzung des Arbeitsministeriums, da die Nationalsozialisten der Ansicht sind, daß bei der heutigen wirtschaftlichen Lage und bei den besonders schwierigen Verhältnissen für die Arbeiterschaft es nicht zu verantworten wäre, dieses Ministerium gewissermaßen als Nebenressort verwalten zu lassen. Die von den Nationalsozialisten gestellten Forderungen dürften, wie es den Anschein hat, seitens des Ministerpräsidenten Schieck Erfüllung nicht finden und die Folgerungen, die die Nationalsozialisten aus dieser ablehnenden Haltung des Ministerpräsidenten Schieck glauben ziehen zu müssen, lassen durchaus die Möglichkeit zu, daß die Nationalsozialisten, die ja bei der Wahl Schiecks schon durch die Abgabe weißer Stimmzettel sich völlig freie Hand gelassen haben, für die Auflösung des Landtages stimmen könnten, wenn man nicht ihren Forderungen in der noch zur Verfügung stehenden Zeit in irgendeiner Weise gerecht zu werden sich anschicken sollte.

•

(Nach dieser ziemlich unzweideutigen Stellungnahme der Nationalsozialisten ist also die Gefahr einer Auflösung des sächsischen Landtages auch durch die Bildung eines reinen Beamtenkabinetts durchaus noch nicht beseitigt und es wird von den weiteren Verhandlungen abhängen, ob namentlich die Wünsche der Nationalsozialisten hinsichtlich des Arbeitsministeriums erfüllt werden können. Im anderen Falle würde also das sächsische Volk erneut an die Wahlurne treten müssen, um sein Urteil über das Verhalten der Fraktionen des sächsischen Landtages seit dem Sturze des Kabinetts Bünger abzugeben.)

Ministerpräsident Schieck.

Die neuen Steuern in Thüringen.

Annahme der Gesetze im Landtag.

Im Thüringischen Landtag wurden die Steuergesetze, also die Gesetze über die Warenhaussteuer, die Erhöhung der Aufwertungssteuer, die Erhebung der Berufssteuer für freie Berufe, den Verwaltungskostenbeitrag (Kopfsteuer), und das Gesetz über die Änderung des Finanzausgleichs in namentlicher Abstimmung mit 27 Stimmen der Regierungsparteien gegen 21 Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der demokratischen Abgeordneten angenommen.

In den Erklärungen der Regierungsparteien kam zum Ausdruck, daß die Steuergesetze als ein Notbehelf angesehen werden müssen und daß vor allem vom Reich zu erwarten sei, daß es durch eine Änderung seiner Politik die Beibehaltung derartiger Steuern entbehrlich machen werde.

Die Federführung bei der Ostvorlage.

Eine amtliche Erklärung.

Zu Meldungen, daß die Federführung bei der Ostvorlage dem Reichsministerium des Innern zugefallen und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Frage ausgeschaltet sei, wird amtlicherseits erklärt:

Die Tatsache, daß das Reichsministerium des Innern das für die Ostvorlage federführende Ministerium sei, besage nicht, daß die landwirtschaftliche Hilfe für den Osten der maßgebenden Bearbeitung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entzogen sei. Vielmehr liege entsprechend der Geschäftsverteilung der Reichsregierung die Zusammenfassung der den Osten betreffenden Hilfsmaßnahmen seit Jahren in der Hand des Reichsministeriums des Innern, während die Bearbeitung und Durchführung der landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen für den Osten in der Hand des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft liege. Das gleiche gälte für die sonst beteiligten Ministerien.

Revoltierende spanische Generale.

Verschwörung rechtzeitig entdeckt.

Die Verhältnisse in Spanien können sich auch nach dem Rücktritt des Diktators Primo de Rivera, dem alsbald sein überraschender Tod folgte, nicht zu einigermaßen andauernder Ruhe gestalten. Jetzt kam man wieder einem größeren Komplott mehrerer Generale auf die Spur, an-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF